

Pseudo = Isidor

von

Paul Roth.

Die Mitte des 9. Jahrhunderts ist epochemachend in der Geschichte des Frankenreichs, politisch durch die definitive Trennung Galliens und Germaniens, kirchlich durch Herstellung der Grundlagen, welche während des ganzen Mittelalters für die Beziehungen zum Staat und die Verfassungsentwicklung maßgebend gewesen sind. Nur das Frankenreich konnte der Schauplatz dieser Gestaltung sein, war es doch die einzige Großmacht im Westen, da Spanien der arabischen Eroberung erlegen, England der Kleinstaaterlei eben entronnen, den wüthenden Anfällen dänischer Räuber ausgesetzt war. Alle die anderen germanischen Staaten hatte das Frankenreich in sich aufgenommen; Burgund, Langobardien, Allemannen, Bayern, Sachsen, bildeten integrierende Theile desselben, und waren, wenn auch nicht centralisirt, doch durch eine starke Centralgewalt mit den fränkischen Theilen verbunden, so daß schon im nächsten Jahrhundert die Resultate zufälliger Theilungen in der regierenden Familie überwunden waren, und sich nach den beiden Abtheilungen des Frankenvolks, den Saliern und Ripuariern, zwei selbstständige Ländergruppen gebildet hatten. Noch entscheidender war, daß unter allen germanischen Reichen allein das Frankenreich die Tradition der staatlichen Beziehungen zur Kirche ungeschmälert erhalten hatte. Die

Zeitschrift für Rechtsgeschichte. V.

1

Burgunder, Gothen, Vandalen und Longobarden hatten als Arianer die katholische Kirche vielfach beeinträchtigt, und die Konflikte waren erst mit dem Uebertritt der Eroberer beendet; das Frankenvolk dagegen war sofort in freundliche Beziehungen zu den kirchlichen Einrichtungen des eroberten Landes getreten, was nicht nur für die Consolidation des Reichs, sondern auch für die Bestimmung der staatlichen Gewalt in Kirchensachen von weitreichenden Folgen war. Zu keinem der anderen germanischen Reiche hatte die Regierung den Einfluß in kirchlichen Dingen, wie in dem Frankenreich, wo der König von Beginn der Monarchie an die Rechte des römischen Imperators in Kirchensachen ausübte.

Die öffentliche Anerkennung der christlichen Kirche im römischen Reich hatte eine Beschränkung der bisherigen Selbstständigkeit zur Folge gehabt. Vor allem tritt dieß hervor in der Umgestaltung der kirchlichen Gesetzgebung; seit dem 4. Jahrhundert bedurfte nicht nur jeder Synodalschluß der kaiserlichen Genehmigung, sondern die Regierung erließ auch selbstständig Gesetze in kirchlichen Angelegenheiten ohne Zuziehung der Kirchenbehörden, selbst in inneren Kirchensachen, z. B. über Gegenstände der Lehre. Weniger entwickelt war der Einfluß auf die Besetzung der Bisthümer; es war mehr ein faktisches Verhältniß, das nicht überall hervortrat, und gar nicht immer zu einer direkten Ernennung führte, sondern auf der Einwirkung beruhte, die der kaiserliche Hof auf die Wahl übte. In den kleineren Bisthümern, welche die Mehrzahl bildeten, fehlte es überdies an jeglichem Interesse, einen solchen Einfluß geltend zu machen, so daß nach der Zahl der Fälle betrachtet im römischen Reich die Besetzung der Bisthümer durch Wahl des Clerus und der Gemeinde, welche ohnehin den bestehenden Gesetzen entsprach, die Regel bildete, von welcher freilich die Regierung nach ihrem Belieben Ausnahmen machte, ohne daß die Kirche es hindern konnte. Endlich wurde mit der Anerkennung die Kirche in Verhältnisse verwickelt, die dem Clerus vielfach unbequem waren. So lange die Kirche unterdrückt und nicht erwerbsfähig war, hatte die Regelung der Jurisdictionsverhältnisse keine besondere Bedeutung; ein privilegiertes Forum hatte der Clerus natürlich nicht, und ebensowenig eigne Jurisdiction über seine Mitglieder anzusprechen; allein nach der Uebung der älteren Kirche wurden Streitigkeiten zwischen

Geistlichen sowohl als zwischen den Angehörigen der christlichen Kirche überhaupt dem Schiedsspruch der Bischöfe unterworfen, und nicht an die weltlichen Gerichte gebracht (Dove de jurisdict. eccl. 8). Gerade nach dieser Seite wurden der Kirche Anfangs Zugeständnisse gemacht, die um so bedeutender erscheinen, als sie mit den öffentlichen Einrichtungen des römischen Reichs in Widerspruch standen. Während nämlich sonst die römische Verfassung keine anderen als öffentliche Gerichte kannte, wurde seit Constantin den Bischöfen die ausschließliche Civiljurisdiction in Streit-sachen unter Geistlichen und eine beschränkte in Sachen, bei denen Laien betheiligt waren, eingeräumt, und, obwohl die Gesetzgebung öfter wechselte, in Strassachen die bischöfliche Jurisdiction wenigstens hinsichtlich geistlicher Verbrechen immer anerkannt; dagegen war für bürgerliche und öffentliche Verbrechen der Clerus allein den weltlichen Gerichten unterworfen, und gerade von Justinian, der die geistliche Jurisdiction nach anderen Seiten erweiterte, wurde das ganz fest bestimmt. Daß gerade darauf das größte Gewicht gelegt wurde, erklärt sich aus der Abgeschlossenheit, in welcher früher der Clerus lebte, und daraus, daß eine Unterwerfung unter die weltlichen Gerichte zu häufigen Konflikten mit der öffentlichen Gewalt führen mußte.

Es sind die angeführten drei Verhältnisse, die auch im Frankenreich den Mittelpunkt der Beziehungen von Kirche und Staat bilden. Im allgemeinen muß hervorgehoben werden, daß die Kirche im Frankenreich größere Selbstständigkeit genoß, und sich unabhängiger entwickeln konnte, als dies im römischen Reich der Fall gewesen war. Es tritt uns auf kirchlichem Gebiet die gleiche Erscheinung entgegen wie auf weltlichem Gebiet; der germanische Barbar war berufen, nicht nur den Bann der Unselbstständigkeit zu brechen, der als das Resultat jahrhundertelanger Despotie auf der Bevölkerung des Weltreichs gelastet, sondern auch durch Zerstörung des Weltreichs der christlichen Kirche die Bahn selbstständiger Entwicklung zu zeigen. Wohin die Fortdauer des Westreichs geführt hätte, sehen wir an der byzantinischen Kirche, dem Produkt der Einflüsse, deren Grundlagen unter Constantin gelegt wurden. Im Frankenreich hatte, wie schon erwähnt, die Regierung von Beginn der Monarchie an die gleichen Befugnisse, wie sie zu Zeiten des römischen Reichs bestanden. Doch nicht ohne Modifikationen. Identisch war der Einfluß auf

die kirchliche Gesetzgebung, d. h. die Einberufung von Synoden setzte Regierungsgenehmigung voraus, und die Synodalbeschlüsse erhielten Gesetzeskraft nur durch königliche Bestätigung. Weiter erstreckte sich der Einfluß der Regierung auf die kirchliche Gesetzgebung nicht, und er konnte sich auch nach den Umständen nicht weiter verbreiten. Nur der barocke Chilperich machte einen Versuch, nach dem Vorgang der römischen Kaiser ein Lehrdekret zu erlassen, das aber von den Bischöfen Gregor und Salvius fast mit Hohn zurückgewiesen wurde (Greg. V. 45). Viel weiter dehnte sich das Eingreifen bei Besetzung der erledigten Bisthümer aus. Die Ernennung durch die Regierung, welche zur Zeit der römischen Herrschaft doch nur ausnahmsweise vorgekommen war, wurde im Lauf des 6. Jahrhunderts zur Regel; auch wenn in einzelnen Fällen die Wahl nach der früheren Übung gestattet wurde, war doch königliche Bestätigung erforderlich, wie von den Kirchenbehörden ausdrücklich anerkannt wurde. Diese einflußreiche Veränderung, die ihre Wirkung bis in das 11. Jahrhundert erstreckt hat, ging nicht ohne Connivenz des Clerus vor sich. Die heftigen Streitigkeiten, die fast jede Bischofswahl begleiteten, machten an sich die Entscheidung durch eine über den Partheien stehende Behörde nothwendig; der Wahlmodus war durchaus unregelmäßig, die Competenz der einzelnen Faktoren nicht gehörig abgegränzt, so daß im 5. und 6. Jahrhundert die Wahlen häufig in Kaufereien ausarteten. Zugleich hatte aber die Regierung jetzt ein viel größeres Interesse, ihren Einfluß auf die Besetzung der Bisthümer geltend zu machen, als früher; der Bischof war jetzt eine politisch wichtige Persönlichkeit durch die Disposition über das Kirchenvermögen, die Herrschaft über den ihm unbedingt untergebenen Clerus, den Einfluß auf die romanische Bevölkerung. Im 6. Jahrhundert waren die Bisthümer noch viel mehr centralisirt als im 1ten, daher auch die Gewalt des Bischofs eine ausgedehntere. Auch der Einfluß der Bischöfe auf die Staatsgeschäfte war ein größerer als in der römischen Zeit, wir finden sie bald regelmäßig am königlichen Hof, manche als Leiter der Staatsgeschäfte. Neben diesen materiellen Gründen steht aber auch noch eine formelle Veranlassung. In der fränkischen Monarchie trat die Stellung des Bisthums als eines öffentlichen Amtes viel mehr hervor als im römischen Reich. Der Bischof hatte die Jurisdiction über die Unfreien, vermöge der Immunität

Vertretung der auf den Kirchengrundstücken befindlichen Personen, durch das Asylrecht der Kirchen eine selbstständige Gewalt gegenüber den öffentlichen Behörden, eine politische Stellung an den Reichstagen, eine richterliche im Königsgericht; deßhalb war er auch wie andere Unterthanen zur Leistung des Treueeides verpflichtet. Noch bestimmter tritt dieß im 8. Jahrhundert hervor, seit in dem Seniorat die Grundlage einer Herrschaft über Freie gegeben ist; die Stellung der höheren Geistlichen war seitdem eine solche, daß sich der einzelne dem öffentlichen Dienst gar nicht entziehen konnte. Mußte sich ja sogar der h. Sturm, der erste Abt von Fulda, als Festungscommandant verwenden lassen. Gerade diese Verbindung der weltlichen mit der geistlichen Amtsgewalt, die uns in ihren Anfängen schon im 6. Jahrhundert entgegentritt, mußte Veranlassung geben, die Einwirkung auf die Besetzung der Bisthümer zu steigern, in einer Zeit, wo die Amtsgewalt noch weit entfernt war ein selbstständiges Recht zu sein, wo vielmehr die königliche Gewalt noch alles überragte. Es war dieß eine so sehr den Verhältnissen entsprechende Entwicklung, daß auch die in Capit. I. 78. gegebene Zusicherung Carl's des Großen, durch welche der canonische Wahlmodus garantirt wurde, keinen dauernden Einfluß ausübte, da bekanntlich erst in Folge des großen Kirchenstreits des 11. Jahrhunderts das Ernennungsrecht beseitigt wurde. Man wird die Reime dieser Entwicklung doch schon in der römischen Zeit zu suchen haben, da ja im byzantinischen Reich der bisherige Wahlmodus in den einzelnen Diöcesen ebenso beseitigt und der Einfluß der Regierung auf die Besetzung der Bisthümer, obwohl in anderer Form, gesichert wird.

Während so hinsichtlich der Besetzung der Bisthümer der staatliche Einfluß wenigstens der bisherigen Übung in Gallien gegenüber sehr ausgedehnt wurde, wurde dagegen die Stellung des Clerus bezüglich der Jurisdictionsverhältnisse eine freiere als im römischen Reich. Zwar fanden die Gesetze Justinians, durch welche die bischöfliche Jurisdiction über den Clerus in Civilsachen allgemein anerkannt wurde, im Frankenreich keine Anwendung, und wurde für die Streitigkeiten zwischen Geistlichen und Laien nur die Niedersetzung gemischter Gerichte zugestanden (Dove p. 34.); dagegen vollzog sich hinsichtlich der Jurisdiction in Criminalsachen eine einflußreiche Veränderung, die schon in

der Verfassung des Frankenreichs gegründet war. Nach dem System der persönlichen Rechte lebten nicht nur die einzelnen nach ihrem Stammesrecht, sondern es wurden auch die erkennenden Weisiger ihren Stammesgenossen entnommen. Da nun der Clerus im ganzen Frankenreich nach römischem Recht lebte, so war von vornherein die Wahl der erkennenden Weisiger auf Romanen beschränkt; wahrscheinlich wurden aber von Anfang an nur Geistliche genommen, da, wie unten gezeigt, das Erkenntniß über Bischöfe nur von Synoden gefällt wurde, und die bischöfliche Jurisdiction über niedere Geistliche mit dem Ende des 8. Jahrhunderts, in der Hauptsache aber wahrscheinlich schon vorher anerkannt war, da C. 615. 4. 14. eine Beurtheilung nach den canonischen Satzungen zugesteht. Gerade die Regelung der Juridictionsverhältnisse in Strassachen war jetzt von viel größerer Bedeutung als früher. Im Frankenreich war die Stellung der höheren Geistlichkeit von der Art, daß sich der einzelne den Verwicklungen des menschlichen Lebens gar nicht entziehen konnte. Bei den verschiedenen Thronrevolutionen und Bürgerkriegen finden wir regelmäßig zahlreiche Geistliche auf beiden Seiten betheiligt, sie wurden in den Sturz ihrer Parthei mit hineingezogen, und zu öffentlichen Strafen verurtheilt. Der Aufstand des Guntram-Boso, die Bürgerkriege zu Ende des 6. und 7. Jahrhunderts, die Streitigkeiten der Enkel Carls des Großen kosteten vielen Prälaten Stellung und Freiheit. Es beruhte dieß nicht auf der Verschiedenheit der Gesetzgebung, sondern auf der Umwandlung in der Stellung der Geistlichkeit zum Staat. Verbrechen gegen den Staat und das Staatsoberhaupt waren nach römischem Recht ebenso strengen Strafen unterworfen wie im Frankenreich, aber es war weniger Veranlassung zur Anwendung gegeben, weil die Geistlichkeit im 5. Jahrhundert noch nicht in dem Umfange wie im 6ten in das politische Treiben verflochten war. Es war deswegen ein weitgehendes Zugeständniß, daß seit dem 6. Jahrhundert die Jurisdiction über weltliche Verbrechen der Bischöfe den Synoden überlassen war. Man wird dieß kaum nur als Uebung ansehen können, da das Verfahren zu regelmäßig wiederkehrt, und der Clerus selbst noch weitergehende Prätensionen machte, nämlich Befreiung von der provisorischen Haft. Im ganzen 6. und 7. Jahrhundert ist mir kein Beispiel bekannt, daß von weltlichen Gerichten gegen Bischöfe

strafrechtlich erkannt wurde; die Fälle, die gewöhnlich für das Gegentheil angeführt werden, z. B. von Mettberg, RÖ. II. 642. beziehen sich nur auf die provisorische Verhaftung, welche durch die Jurisdiction der Synoden natürlich nicht ausgeschlossen war. In Gregor finden wir die Fälle des Präteratus, Salonius und Sagittarius, Gregor, Ursicinus, Palladius, Egidius, welche vor eine Synode verwiesen oder dort verhandelt wurden; aus späterer Zeit führe ich nur an: Desiderius von Vienne (Fredegar c. 24.), Lantbert (Vita Lantberti 17. Sept. 5. 575) und Reodegar mit seinen Complicen. So scheint die Bestimmung des Concil. Matiscon von 585, welche die ausschließliche geistliche Jurisdiction über Bischöfe betont, der gleichzeitigen Uebung völlig zu entsprechen. Mit dem Ende des 7. Jahrhunderts wirkte freilich die Störung in den öffentlichen Verhältnissen auch hierauf zurück; ich habe schon Ven. Wes. 332. die in der einseitigen Entsetzung von Prälaten unter Carl Martell liegende Neuerung hervorgehoben; eine der nächsten Folgen der Wirksamkeit des h. Bonifacius war die Wiederherstellung der früheren Praxis, so daß unter den Carolingern die Criminal-Jurisdiction über Bischöfe nur von Synoden oder doch nur von dem mit Geistlichen besetzten Königsgericht geübt wurde (s. den Nachweis bei Hinschius Praef. CCXXII.) Während also im römischen Reich die Cognition in weltlichen Strafsachen ausschließlich den weltlichen Gerichten überlassen blieb, war in Frankreich schon nach der germanischen Gerichtsverfassung die Jurisdiction in den Händen der Geistlichkeit, und durch Uebung nach den älteren canonischen Bestimmungen geregelt, die im römischen Reich selbst keine Anerkennung gefunden hatten.

Wir erkennen darin die allgemeine Regel, welche die Stellung des römischen von der des germanischen Staats zur Kirche unterscheidet. Während im römischen Reich die bis ins kleinste durchgeführte Centralisation wie ein Alp auf der Kirche lag, und alles selbstständige Leben erstickte, hatte die Kirche schon nach der Natur des germanischen Staatswesens in Frankreich volle innere Selbstständigkeit, und war nur bezüglich einzelner bestimmter Verhältnisse der Einwirkung des Staats unterworfen. Und auch in dieser wurde eine freiere Stellung mit Erfolg angestrebt, sowie das Frankenreich seinem inneren Verhängniß der völligen Decentralisation entgegenging. Es war dieß eine für die Ver-

fassungsentwicklung des Staats wie der Kirche gleich einflußreiche Richtung, deren Entstehung sich aus den Umständen leicht erklärt. An sich lag in der Kirche des Westens die Tendenz der Centralisation wie in der des Ostens, wie überhaupt in allem Romanischen, sie war durch die politischen Geschehnisse des Westens nur zeitweise zurückgedrängt. Die inneren Kircheneinrichtungen, die Abgränzung der Diöcesen, die Stellung des Bischofs zum Clerus und Volk, das Synodalwesen waren im Frankenreich unverändert belassen, der gallische Clerus hatte daher mit den anderen Ländern des Westens solidarische Interessen; ein Theil desselben (im südlichen Gallien) war immer in Verbindung mit Rom geblieben. In Gallien, das bis in das 9. Jahrhundert der Mittelpunkt der kirchlichen Entwicklung im Frankenreich war, war der Clerus in seinen Haupttheilen immer romanisch geblieben, nicht nur der Nationalität sondern auch der Gesinnung nach. Die tiefe Verstimmung gegen das fränkische Wesen, die aus dem Geschichtswerk Gregors spricht, tritt noch im 7. Jahrhundert in der merkwürdigen Aeußerung des Bischof Desiderius von Cahors hervor, in der er den Untergang des römischen Reichs beklagt. Die Trennung der bisher im Westreich vereinigten Kirche nach Ländern hatte aber nicht nur etwas Ungewohntes, sondern auch den Bestand der einzelnen Bisthümer Bedrohendes, da anfangs auf den Bestand der einzelnen Bisthümer keine Rücksicht genommen wurde. Die leitenden Persönlichkeiten waren daher zunächst bemüht, die Einheit wenigstens der fränkischen Kirche sicher zu stellen. Dieß gelang auch noch in der merovingischen Zeit in soweit, daß nicht nur die Länderabgränzung sich durchgängig innerhalb der Diöcesengränzen hielt, häufig selbst nach den Metropolitansprengeln sich richtete, sondern daß auch allgemeine Synodalverhandlungen der ganzen Kirche des Frankenreichs möglich waren. Erst nachdem so die Einheit der fränkischen Kirche in der Hauptsache gesichert und so befestigt war, daß vorübergehende Störungen leicht überwunden wurden, konnte seit der Mitte des 8. Jahrhunderts die einflußreiche Verbindung mit Rom angeknüpft werden, deren Durchführung seit der Mitte des 9. Jahrhunderts ernstlich in Angriff genommen wird.

Weniger die Frage, wie dieß durchgeführt werden konnte, als die Veranlassung dieser Richtung wird vor allem zu bestimmen sein. Man wird dieß nicht auf den Einfluß einer einzelnen

Persönlichkeit zurückführen dürfen, so hoch dieselbe auch anzuschlagen ist, nicht auf die Veränderung in der Ueberzeugung, welche die bisher beharrlich ignorirten Ansprüche des römischen Stuhls anerkannte, sondern auf die Reaction des Episcopalsystems gegen die Metropolitangewalt. Die in der letzteren vereinigten Befugnisse der Convocation und Leitung der Synoden, Bestätigung der Bischöfe und der Gerichtsbarkeit, die mit den oben entwickelten Rechten der Staatsgewalt concurrirten, mußten eine große Erweiterung erhalten, sowie die im 9. Jahrhundert beginnende auf Brechung der staatlichen Gewalt über die Kirche gerichtete Bewegung durchgeführt war. Ich habe bereits in meinen früheren Darstellungen entwickelt, in welche Abhängigkeit namentlich hinsichtlich ihres Güterbestandes die Kirche im Laufe des 8. Jahrhunderts gerathen war. Die Folgen zu beseitigen, die Wiederkehr ähnlicher Zustände unmöglich zu machen, wurden sofort die größten Anstrengungen gemacht, nachdem die Ordnung nothdürftig wieder hergestellt war. Schon Carl der Große erfuhr den energischen Widerstand des Clerus gegen die von ihm eingeleitete erweiterte Säkularisation des Kirchengutes, dem er nachgab. Unter Ludwig dem Frommen war den kirchlichen Behörden zum erstenmal eine Stellung gewährt, die wie eine erste Andeutung dessen sich ausnimmt, was im Mittelalter ausgebildet hervortritt, einer Gewalt der Kirche über den Staat. War dieß auch nicht von Dauer, so hatte es doch das Ansehen der Regierung tief erniedrigt, die Unabhängigkeit der Kirche um einen großen Schritt gefördert. Den Söhnen Ludwigs gegenüber beschränkte sich der Clerus nicht mehr auf die Erfindung schreckender Kindermärchen oder grobe Noten, er drohte. Den schwachen Königen waren die Zügel entfallen, welche bisher das Ganze gelenkt, wer sollte sie ergreifen? Wie die weltliche Aristokratie ein Recht der königlichen Gewalt nach dem andern eskamotirte, so war auch die geistliche Aristokratie ausnahmslos bestrebt, die bisherige Abhängigkeit zu zerbrechen; nur waren die Verhältnisse hier und dort verschieden. Im Staat war der Decentralisation keine innere Schranke gezogen; es gab in dieser Hinsicht weder entscheidende Verschiedenheiten noch eine maaßgebende Tradition. War die Centralgewalt, die bisher alles zusammengehalten, zerbrochen, so waren die Neubildungen den augenblicklichen Einflüssen, vielleicht dem Zufall ausgesetzt. Weder die Gaueinheit-

lung noch die Stammesverschiedenheit war für die neuen Territorialbildungen entscheidend; die erstere ist im Mittelalter vollständig zerstört, so daß nicht einmal die Namen bleiben; die letztere ist nicht so durchgehend, daß sie nicht vielfach durchbrochen würde, in Gallien noch mehr wie in Deutschland; sie bildet die Grundlage der neuen Territorialgestaltungen nur im allgemeinen, nicht wie früher in allen Einzelheiten. So finden wir denn, früher im Frankenreich, später in Deutschland die Territorialgestaltungen in ununterbrochenem Fluß ohne durchgehende Regel. Auf kirchlichem Gebiete dagegen waren der Decentralisation von vorneherein bestimmte Schranken gezogen; nicht nur die Diöcesangränzen, auch die Metropolitansprengel konnten im 9. Jahrhundert nicht mehr willkürlich verändert werden, wie dieß im Beginn der Monarchie vorgekommen war; sie waren selbst gegenüber den politischen Theilungen des Landes sicher gestellt. Jede Minderung der staatlichen Kirchengewalt mußte aber von selbst zu einer Steigerung der Metropolitangewalt führen, da in dieser die Elemente geistlicher Suprematie (Confirmation der Bischofswahlen, Synodalrecht, Jurisdiction) nur im römischen wie im Frankenreich beschränkt durch die staatliche Autorität, vorhanden waren — wenn diese Beschränkung nicht anderweitig geregelt wurde. Wurde die bisher von der Regierung geübte Oberleitung einfach beseitigt, ohne daß eine andere Organisation an die Stelle trat, so hatte das Bisthum das Schicksal der Grafschaft, es wurde von dem Metropolitanbisthum mediatifirt, wie diese von dem Herzogthum. Freilich konnte eine solche Organisation nicht anders als auf Kosten der Metropolitangewalt oder sagen wir lieber der Bestrebungen einer Ausdehnung der Metropolitangewalt getroffen werden; dieses Bestreben tritt in der That in der Mitte des 9. Jahrhunderts ganz unverblümt hervor, ohne jedoch zu einem Resultat zu führen, da der ganze Episkopat dagegen Fronte machte. Leicht erklärlich ist, daß dieser dabei die Anerkennung der Suprematie des römischen Stuhls auf alle Weise begünstigte, da diese dem einzelnen die relativ größte Selbstständigkeit versprach, eine größere als die häufig schwer drückende weltliche Gewalt oder die in Aussicht stehende Präponderanz der Metropolitane. Ebenso kann uns nicht Wunder nehmen, daß der Sieg dem Episkopat blieb, da die materielle Macht am Ende doch auf Seite desselben lag, und die Verbindung mit Rom wesentliche Anhalts-

punkte bei der Durchführung des lebhaft geführten Streites gewährte. Wir finden also in der Mitte des 9. Jahrhunderts die Thätigkeit nach zwei Richtungen sich erstreckend, Beseitigung des weltlichen Einflusses und Anerkennung der Suprematie des römischen Stuhls. In ersterer Hinsicht ist der ganze Clerus ohne Ausnahme thätig, in letzterer die überwiegende Majorität. Daß die Metropolitane ihre Tendenzen nicht energischer verfolgten, wird wohl daraus zu erklären sein, daß sie eine andere Organisation, die dann doch nicht hätte entbehrt werden können, nicht entgegenzuhalten hatten, da ein Vorzug eines der Metropolitanen, der den Mittelpunkt einer einheimischen Suprematie hätte abgeben können, im Frankenreich sich nicht ausgebildet hatte. Die Unterwerfung unter die Suprematie des römischen Stuhls war also nur das Mittel, um den allgemein verfolgten Zweck, Brechen der staatlichen Gewalt über die Kirche, zu erreichen.

Diese beiden Strömungen, welche im 9. Jahrhundert die fränkische Kirche durchziehen, treten uns auch in der Sammlung entgegen, die unter dem Namen der Pseudoisidorischen Dekretalen bekannt ist. Es gibt kein anderes Beispiel, daß ein Werk, das von jeher die Aufmerksamkeit der Forscher in so hohem Grad auf sich gezogen hat, so consequent vernachlässigt wurde wie dieses. Man sollte es kaum für möglich halten, daß bis jetzt nur eine einzige dreimal nachgedruckte Bearbeitung vorlag, welche eine Handschrift der späteren Form zu Grunde legte (Classe C. wahrscheinlich der Cod. Paris B. 19. s. Hinschius Praef. LXXII.) Um so größer ist das Verdienst der neuen von Hinschius besorgten Ausgabe, welche uns für die wichtigen an diese Sammlung sich knüpfenden Untersuchungen die erste sichere Grundlage gewährt. Der Herausgeber hat nicht nur das handschriftliche Material in der größten Vollständigkeit zusammengetragen, sondern auch in einer ausführlichen Einleitung kritische Untersuchungen über die Quellen, die Zeit und den Zweck der Sammlung gegeben. Ich will nun vor allem die hauptsächlichsten Resultate der Handschriftenvergleichung zusammenstellen.

Noch bis in die letzte Zeit war nach dem Vorgang der Brüder Vallérini der Cod. Vatican 630. von den meisten als der älteste und vorzüglichste angesehen worden, und man zweifelte früher nicht, daß dieser der neuen Ausgabe zu Grunde gelegt werden müsse. Allein die Untersuchungen des Herausgebers haben dieß durchaus nicht bestätigt. Er theilt die 64 Handschriften, die er p. XI. f. aufzählt, von denen er 55 selbst verglichen hat, in drei Classen und mehrere Abtheilungen, in folgender Weise:

I. Die Classe A. zerfällt in zwei Abtheilungen, die als A. 1. und A. 2. unterschieden werden. Das Unterscheidungsmerkmal ist, daß die zu A. 1. gehörigen Handschriften die Papstdekrete bis Gregor II., die Concilien bis zum zweiten Hispanensischen enthalten, während die von A. 2. die Papstdekrete nur bis Damasus bringen, jeden Brief aber in Capitel theilen (Praef. XVIII.) Die früher aufgestellte Meinung, daß die Sammlung in ihrer ursprünglichen Form die Papstdekrete nur bis Damasus enthalten habe, wonach also die Handschriften der Classe A. 2. die älteren sein müßten, ist von dem Herausgeber eingehend widerlegt, namentlich durch das Argument, daß die bei Hincmar von Rheims sich findenden Citate aus Pseudoisidor als einer Handschrift der Classe A. 1. entnommen sich ergeben, und der die Classe A. 2. charakterisirenden Capiteleintheilung nicht erwähnen. (Praef. XIV.) Ueberdieß enthält aber die Vorrede Pseudoisidors selbst die Andeutung, daß die Dekrete der Päpste bis auf Gregor aufgenommen seien. Die Classe A. 1. welche demnach die älteste uns erhaltene Form repräsentirt, und 25 Codices umfaßt, enthält zugleich die älteste auf uns gekommene Handschrift, den Codex Mutinensis, der nach einer am Schluß befindlichen Notiz vor dem Jahr 881 geschrieben ist. (XIX.) Von den 16 zur Classe A. 2. gehörenden Handschriften ist keine vor dem 10. Jahrhundert geschrieben (XLII.). Da nach den Fundorten zu schließen, diese Form hauptsächlich in Italien verbreitet war, so wird man der Vermuthung des Herausgebers, daß die Capiteleintheilung italienischen Ursprungs sei (LVII.), beipflichten können. Die Entstehung dieser Form muß übrigens zeitlich mit der von A. 1. fast zusammenfallen, da die Capiteleintheilung in der zwischen 883 und 887 verfaßten *collectio Anselmo dedicata* bereits Anwendung findet. (LIII.) Aus dieser zuerst von dem Herausgeber hergestellten Unterscheidung der beiden ältesten Classen der Hand-

schriften ergiebt sich ein für die Erkenntniß der Verbreitung nicht unwichtiges Resultat. Da nämlich die Bestimmungen über die Chorbischofe hauptsächlich in Pseudodamasus enthalten sind, (Weizsäcker, Chorepiskopat 34) so fehlen die hauptsächlichsten derselben in den Handschriften der Classe A. 2. Daß aber die ersten Handschriften, die nach Italien kamen, und namentlich der Codex, dessen sich P. Nicolaus I. bediente, dieser Classe angehörte, wird von dem Herausgeber mit Recht aus den Aeußerungen desselben geschlossen. (LVII.)

2) Zwischen dieser und der Classe B. stehen fünf Handschriften, die der Herausgeber als Classe A/B bezeichnet. Sie sind aus A. 1. abgeleitet, und liegen der in der Classe B. ausgebildeten Form zu Grund. In diese Kategorie gehört der Cod. Vaticanus 680, auf welchen früher so großes Gewicht gelegt wurde, was der Herausgeber mit triftigen Gründen widerlegt. (LXII.)

3) Der Classe B. gehören fünf Handschriften an, welche zweifellos aus der Classe A. 1. abgeleitet sind, aber nicht alles enthalten, was diese giebt. (LX.)

4) Zur Classe C rechnet der Herausgeber sieben Handschriften, die späteren Ursprungs und vielfältig mit Zusätzen versehen sind. Dieser Form gehört die Handschrift an, welche der Ausgabe von Merlin zu Grunde liegt, und der Herausgeber glaubt, daß es der Cod. Paris B. 19. sei. (LXXII.)

5) Elf weitere Handschriften endlich geben nur Auszüge. (LXXIII.)

Die vorliegende Ausgabe giebt die Pseudoisidorischen Dekretalen und die Capitula Angilramni. Zu Grund gelegt ist in der Hauptsache nicht der Cod. Mutinensis, obwohl es der älteste ist, sondern der Cod. Paris inter Suppl. lat. 840, der sorgfältiger geschrieben ist, und weniger Lücken hat. Außerdem sind mehrere Handschriften der Classe A. 1. und A. 2. für die einzelnen Stücke zur Vergleichung gezogen. (CCXXXVI.)

Durch die neue Ausgabe ist nun vor allem festgestellt, welchen Umfang die Sammlung bei ihrer Verbreitung in der Mitte des 9. Jahrhunderts hatte. Neuerdings wurde von manchen Seiten behauptet, daß dieselbe anfänglich nur Papstdekretalen nicht

auch Concilien enthalten habe; dies wird nun durch die Handschriften der Klasse A. 1., welche als die älteste uns erhaltene Form anzusehen sind, widerlegt, wie es ja auch mit den Angaben der Vorrede in Widerspruch steht. (LXXVII.) Ebenso lassen sich jetzt die Quellen genau bestimmen, welche zur Composition der einzelnen Stücke dienten, und der Herausgeber hat sie ganz genau zusammengestellt. (CXI. CXXXVII.) Ueber die Person des Verfassers geben uns die Handschriften keinerlei Aufschluß. Die Angabe der Vorrede: Isidorus Mercator ist ganz zweifellos auf den Bischof Isidor von Sevilla zu beziehen, unter dessen Namen die spanische Sammlung im 9. Jahrhundert umlief, und an welche sich die gefälschte Compilation anlehnte. Der Ausdruck Mercator ist unerklärt, aber allein beglaubigt, da die Lesarten mercatus in vier Handschriften der Klasse A. 2. und Peccator in einigen anderen nur willkürliche Aenderungen der Schreiber scheinen (CCXXX.) Wer sich unter diesem Namen versteckte, wird sich schwerlich herstellen lassen, ja wir haben nicht einmal irgend eine haltbare Vermuthung. Daß einzelne gefälschte Stücke schon aus früherer Zeit stammen, ist keinem Zweifel unterworfen. So war der erste Brief des Clemens schon im 5. Jahrhundert in Umlauf, und ebenso ist das Constitutum domini Constantini (LXXXIII.) und das Constitutum Silvestri, aus dem Auszüge gegeben sind, (XCVI.) älter. Ob aber die andern Stücke, die wir nicht als älter mit Bestimmtheit bezeichnen können, alle von einer Hand sind, oder ob mehrere dabei thätig waren, läßt sich zur Zeit nicht bestimmen, obwohl wir nicht ohne Aussicht sind, daß eine ganz genaue Vergleichung aller einzelnen Stücke uns bestimmte Anhaltspunkte in dieser Hinsicht gewähren wird. Die Zeit der Abfassung wird sich kaum in der Art fixiren lassen, wie dies von Hinschius geschieht. Ausgehend von der durch eine Reihe von Argumenten (CXLIII.) unterstützten Voraussetzung, daß Benedikt eine Quelle der Pseudoisidorischen Sammlung sei, erklärt er den Todestag des Bischof Otgar von Mainz als Termin, vor welchen die Abfassung der Sammlung nicht gesetzt werden könne. (CLXXXVI.) Allein dieser Argumentation kann ich mich nicht anschließen. Wollte man nämlich auch das angedeutete Verhältniß beider Sammlungen als zweifellos annehmen, so würde sich doch daraus die für die Zeit der Abfassung Pseudoisidors gezogene Folgerung nicht mit Nothwendigkeit ergeben, da der

Vorrede des Benedikt durchaus nicht unbedingt Glauben zu schenken ist, wie ich unten zeigen werde. Wir werden demnach andere Behelfe für die Zeitbestimmung suchen müssen. Sicher ist, daß die Sammlung im Jahre 853 vollendet war, da sie hier von der auf der Synode von Soissons abgesetzten Clerikern der Rheimscher Diöcese angezogen wird (CCI.) Andererseits kann aber die Abfassung nicht über 836 zurückgesetzt werden, da die Verhandlungen der in diesem Jahr in Aachen gehaltenen Synode vielfach ausgezogen sind, (s. die Zusammenstellung bei Hinschius CXXVI und CXCVII.) Damit trifft denn auch die bekannte Andeutung des Hinkmar von Rheims zusammen, daß er die falschen Dekretalen schon vor der Geburt seines Neffen gekannt habe, was auf die Zeit zwischen 836 und 838 hindeutet, (s. Weizsäcker in Niedners Zeitschr. XXVIII. 356.), eine Notiz die kaum nur auf Grund der Priorität des Benedikt als unzuverlässig wird bezeichnet werden können, wie dies von Hinschius p. CXCVII. geschieht. Zur präcisen Zeitbestimmung wird es erforderlich das Verhältniß zu den zwei anderen Sammlungen zu erörtern, die in die gleiche Zeit fallen, und nach Tendenz und Manier der Compilation der Pseudoisidorischen an die Seite gestellt werden können, mit der sie auch in innerem Zusammenhang stehen. Ueber beide die Capitula Angilramni und die Capitulariensammlung des Benedikt hat der Herausgeber ausführliche Untersuchungen angestellt, und er kommt dabei zu folgendem Resultat: Angilram. steht zwischen Benedikt und Pseudoisidor; wie der letztere hat er aus dem ersteren geschöpft, Pseudoisidor auch aus Angilram, man möchte vermuthen, obwohl man es nicht direkt beweisen kann, daß die Verfasser beider identisch seien; ebenso läßt sich dies von der Additio IV. zu Benedikt annehmen. (CLXXVII—CLXXXII.) Benedikt dagegen hat seine Sammlung, wie aus der Vorrede zu schließen ist, erst nach dem Tod des Bischof Otgar von Mainz nämlich nach dem 21. April 847 vollendet. (CLXXXIII.) Gerade dieser Punkt, auf welchen von Hinschius die ganze Beweisführung über die Entstehungszeit basirt ist, bedarf der näheren Festsetzung. Mir scheint, daß auf die Vorrede des Benedikt bisher überhaupt zu großes Gewicht gelegt worden ist. An sich liegt es in der Natur der Sache, daß dem Compiler einer Sammlung von Fälschungen für die Angabe über seine Person die Zeit und die Herstellung der Sammlung nicht gerade unbedingt Glau-

ben zu schenken ist; es ist viel wahrscheinlicher, daß er in dieser Hinsicht unrichtige Angaben macht, als daß er die Wahrheit sagt. Die Aeußerungen der Vorrede sind überdies so wenig bestimmt, daß sie über den Verfasser so gut wie keinen Aufschluß geben. Benedictus Levita ist ungefähr eine eben so genaue Bezeichnung, wie wenn sich jetzt „ein gewisser Johann“ als Verfasser eines Werks einführen würde. So wenig die Vorrede irgend einen weiteren Aufschluß gewährt, so wenig wissen wir sonst über die persönlichen Verhältnisse des angeblichen Verfassers, der bekanntlich sonst nirgends erwähnt wird. Daß er ein Mainzer Diakon gewesen sein, wird nur aus der Erwähnung des Mainzer Archivs und der Bischöfe Riculf und Otgar geschlossen, aber gerade diese Angaben scheinen mir gar nicht besonders glaubwürdig zu sein. Bekanntlich tauchte die Sammlung zuerst im westlichen Frankreich auf, und wurde dort hauptsächlich verbreitet, und zwar gleichzeitig mit den gefälschten Dekretalen; wie bei diesen ist die der Zeit nach letzte Quelle, welche hier beigezogen ist, das Concil von Aachen von 836¹⁾; wie bei diesen ist Wahres und Falsches gemischt, die Tendenz bei beiden so offensichtlich dieselbe, daß man deshalb schon oft angenommen hat, die Verfasser beider seien identisch. Es kommt dazu, daß Ende des 8. Jahrhunderts die Verbreitung der ächten spanischen Sammlung im westlichen Frankenreich von dem Mainzer Bischof Riculf ausgegangen war, und daß sich dieser, wie Hinkmar sagt, auch bereits mit den königlichen Capitularien beschäftigt hatte. (in capitulis regis studiosus, s. Weizsäcker in Niedner XXVIII. 354.) Diesen Umstand, der nach der Aeußerung Hinkmar's zu schließen in der Mitte des 9. Jahrhunderts noch allgemein bekannt gewesen sein muß, konnte um so mehr Veranlassung geben, die Anfänge der Capitularienfälschungen nach Mainz zu verlegen, als ja die Dekretalensammlung, deren innerer Zusammenhang mit Benedikt niemand entgehen konnte, unter dem Namen der notorisch von Riculf verbreiteten ächten spanischen Sammlung und verbunden mit derselben ausgegeben wurde. In der That suchten daher früher diejenigen, die nicht ein römisches Machwerk darin

¹⁾ Nach der Angabe von Knist (Pertz II. 2. 21.) ist Syn. Belvac. II. c. i. (Pertz I. 387.) von 845. in Ben. I. 375 angezogen; aber der Wortlaut ist nicht übereinstimmend.

sahen, den Sitz der falschen Dekretalen fast durchgängig in Mainz zum Theil veranlaßt durch das, was man nach der Vorrede des Benedikt von der falschen Capitulariensammlung unbedingt glaubte; erst in neuerer Zeit sieht man den Sitz der Dekretalensammlung in dem Rheims'er Metropolitansprengel, und das mit vollem Recht. In der Hauptsache ist dadurch die Frage nach dem Entstehungsort der falschen Capitularien schon entschieden, denn die für die Dekretalen angeführten Gründe treffen alle ebenso bei den Capitularien zu. Wie die ersteren werden die letzteren zuerst im Westen angeführt und verbreitet; Benedikt war, sagt Knust Praef. 35, bei den Galliern in größerem Ansehen als bei den Deutschen. Dem Inhalt nach stimmen die Fälschungen in beiden so sehr überein, daß Hinschius Praef. CCXVI. sagen kann: cum fere eadem res a Benedicto et Pseudoisidoro tractentur. Die inneren Gründe, welche gegen die Annahme der Entstehung Pseudoisidors in Mainz angeführt werden, wie das Verhältniß des Chorepiskopats, u. s. w. werden also auch bezüglich der Capitulariensammlung geltend zu machen sein. Die Angaben der Vorrede Benedikts stehen nicht entgegen, weil diese wahrscheinlich erst später hinzugefügt ist. Bekanntlich trifft man die erste Erwähnung des Benedikt in dem Brief der Synode von Niersy der s. g. epistola Carisiaca, vom Jahre 858, wo es c. 7 heißt: et nonas et decimas . . . sicut in libro Capitulorum regum habetur, dari constituit, womit nur Bened. lib. 13 gemeint sein kann, da in Ansegisus eine derartige Bestimmung über nonas und decimae nicht aufgenommen ist. Von Ansegisus ist Benedikt unterschieden, indem ersterer in demselben Capitel der Ep. Caris. als Capitula Karoli angeführt ist. Daß aber damals die Vorrede noch nicht existirte, wenigstens nicht in dem von der Synode von Niersy gebrauchten Exemplar, erhellt aus dem was c. 7 über die Synode von Vézines gesagt ist. Diese ist nämlich Pipin zugeschrieben, und es soll außer Bonifacius auch ein päpstlicher Legat Georgius zugegen gewesen sein. Ich hielt dies früher für eine absichtliche Fälschung Hinkmar's, halte aber jetzt eine zufällige Täuschung für möglich. In dem ersten Buch des Benedikt ist nämlich nach dem Concilium Germanicum das Concilium Liptinense gegeben, und nach diesem (c. 6—21) Theile aus dem Capit. Compendiense von 757 (Pertz Leg. I. 28), bei welchem bekanntlich ein päpstlicher Abgesandter Georgius zugegen war,

und dessen Uebereinstimmung mit den Beschlüssen mehrmals erwähnt wird (Georgius sensit). Die Verwechslung erklärt sich also unter der Voraussetzung, daß die Synode das Cap. Liptinense nach dem ohnehin angeführten Benedikt citirte; doch kann dann die Vorrede noch nicht dabei gewesen sein, da in diesen beide Synoden ausdrücklich Carlmann zugeschrieben sind, und nur Bonifacius als päpstlicher Legat erwähnt wird. Es ist überhaupt auffallend, daß im 9. Jahrhundert bei den Citaten, die zweifellos dieser Sammlung entnommen sind, der Name Benedikts meines Wissens nicht genannt wird, (s. Knust Praef. p. 35) während Ansegisus als Herausgeber der Capitularien öfter erwähnt ist (s. z. B. die Stelle in meiner Feudalität 110). Die Benediktische Sammlung war überhaupt, wie sich aus den Handschriften entnehmen läßt, in ganz verschiedenen Formen verbreitet, (s. die Zusammenstellung bei Pertz Leg. II. 2. p. 18) und namentlich finden sich häufig Excerpte daraus. Ich glaube daß bei dem gegenwärtigen Stand der Untersuchung über Benedikt eine Entscheidung darüber in welchem Umfang er zuerst publicirt wurde²⁾, und daher auch über sein Verhältniß zur Psidorischen Sammlung noch nicht treffen läßt, und daher auch die Priorität Benedikts noch nicht so unbedingt feststeht, wie dies Hinschius annimmt. Weitere und vielleicht sehr bestimmte Aufschlüsse verspricht uns eine genaue Untersuchung der Acta episcoporum Cenomannensium, deren Zusammenhang mit Psudoisidor schon Weizsäcker nachgewiesen hat; Hinschius geht auf dieselben nur ein, um die Fälschung des in der Gesta Aldrici enthaltenen angeblichen Briefes Gregor IV. nachzuweisen (CLXXXVII.)

Den Mittelpunkt der Untersuchung wird immer die Frage zu bilden haben: Was beabsichtigte der Compiler mit seiner Fälschung? Bei der Gleichheit des Inhalts wird die Entscheidung für Benedikt eben so maßgebend sein müssen wie für Psudoisidor; beide verfolgen dieselben Interessen, und componiren nur für verschiedene Quellenkreise, der eine für die Gesefzsammlung des öffentlichen Rechts, der andere für die Aufzeichnungen der canonischen Satzungen; der eine sich anschließend an die Capitulariensammlung, der andere an die spanische Sammlung der Kirchengesetze, die gleiche Zwecke

²⁾ Auch Hinschius nimmt an, daß der vierte Zusatz späteren Ursprungs sei. Vielleicht wird dies später noch viel weiter auszubehnen sein.

auf dem Gebiet der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung ver- folgt. So mannigfaltig der Inhalt ist, so vielgestaltig sind die Meinungen, die über die bei diesen Sammlungen vorliegende Ab- sicht aufgestellt worden sind. Indessen liegt eine Beschränkung der in Betracht kommenden Möglichkeiten in der Sache selbst. Fälschungen wurden in dieser Zeit immer zu einem greifbaren naheliegenden Zweck vorgenommen; ich darf zum Beweis nur auf die Beilagen 3 und 4 meines Benificialwesens verweisen. Der Fälscher der Dekretalen hat nicht utopische Träume von einer besten Kirchenverfassung aufgezeichnet, sein Ziel das er unverrückt verfolgt, gehört seiner Zeit an. Ferner gehört die Idee für die er arbeitet, nicht ihm an, er verarbeitet einen schon vorhandenen, weitverbreiteten Gedanken, der von der Gesamtheit oder doch der Mehrheit der Betheiligten (des Clerus) getheilt wird; es ist nicht denkbar, daß ein einzelner eine zahlreiche Körperschaft wie den fränkischen Clerus dupirt, ihm Grundsätze oktroyirt, die nicht durch die bisherige Uebung und die Wünsche dieser Körperschaft getragen sind. Diesem Gedanken der Gegenwart giebt er den Anstrich des Alterthums, indem er ihn mehrere Jahrhunderte zurückverlegt. Er kann nicht lokaler Natur auf einen oder ein- zelne Sprengel beschränkt sein, lokale Verhältnisse werden höch- stens den Anstoß zur Ausführung gegeben haben. Das Interesse, dem dadurch gedient werden sollte, muß so überwiegend und so allgemein getheilt gewesen sein, daß darüber die mannichfachen anderen Tendenzen, die der Compiler einseitig verfolgt, über- sehen werden konnten. Betrachten wir uns nun den Inhalt der Compilation, soweit er sich auf die Kirchenverfassung bezieht³⁾, so treten uns zwei Richtungen entgegen, denen gegenüber alles andere in den Hintergrund tritt, Beseitigung des weltlichen Ein- flusses auf die kirchliche Administration und Begründung des römischen Supremats. Freilich nirgends in dieser Allgemeinheit, sondern immer in Anwendung auf einzelne Verhältnisse. Und auch diese stehen nicht alle auf gleicher Linie, einzelne treten mehr hervor.

Gegen den staatlichen Einfluß gerichtet sind die Bestimmun- gen über das Anklageverfahren gegen Bischöfe, die Berufung der

³⁾ Eine sehr übersichtliche Zusammenstellung ist bei Hinschius CCXVII. f. gegeben.

Synoden, die Unverletzlichkeit des Kirchenguts; die Unterordnung unter den römischen Stuhl wird begründet durch die allgemeine Zulassung der Appellation an denselben und die Nothwendigkeit seiner Einwilligung bei Berufung von Synoden. In der Vorrede bezeichnet der Compiler selbst die Regelung des Accusationsverfahrens und der Synodalberufung als den Zweck seiner Sammlung; ich schließe mich der Ansicht derjenigen an, welche diese Angabe für erschöpfend halten. Auf das erstere ist offensichtlich noch größeres Gewicht gelegt als auf das letztere; die zu diesem Behuf aufgestellten Sätze hatten zunächst Aussicht zur Anerkennung zu kommen, und fanden sie auch wirklich, sie zunächst entsprachen in der Hauptsache den lange gepflegten Tendenzen des Clerus. Bei ihnen besonders tritt das Zweifelhafte der neuen Satzungen hervor, soviel dem Staat an Einfluß entzogen wird, soviel soll Rom gewinnen; denn mit der Anerkennung der Möglichkeit der Berufung an den römischen Stuhl ist die Grundlage der päpstlichen Gewalt geschaffen. Von vielen wurde dies früher so sehr als der leitende Gedanke der ganzen Sammlung betrachtet, daß man die Entstehung in Rom suchte, und die Verbreitung von dort aus erfolgen ließ. Diese Meinung ist jetzt freilich vollständig aufgegeben; die Untersuchungen von Weizsäcker haben überzeugend dargethan, daß die Entstehung in der Rheinischer Kirchenprovinz zu suchen sei, und die Resultate der Handschriftenuntersuchungen bestätigen, daß die Verbreitung vom Frankenreich aus nach Italien erfolgte. Dieser Umstand allein würde freilich noch nicht darüber entscheiden, welche von beiden Tendenzen als die vorwiegende anzusehen sei, allein wir finden in der Sache selbst Anhaltspunkte dafür. Die Möglichkeit einer Berufung nach Rom war nur gegeben, wenn das bisher übliche Verfahren vollständig umgestaltet wurde. Die fränkische Gerichtsverfassung kannte nicht ein bestimmtes Instanzenverhältniß; es war keineswegs immer und unter allen Verhältnissen eine Berufung von dem Volksgericht an das Königsgericht gegeben (s. Pernice Comit. palatii 18.), die Regel war vielmehr, daß jedes Gericht endgültig zu entscheiden hat, und es galt dies auch für die Romanen, die ja sofort der fränkischen Gerichtsverfassung unterworfen wurden, und für die Geistlichen; eine Berufung von dem Erkenntniß einer Synode und speciell an den römischen Stuhl war noch unter Carl dem Großen unzulässig (Dove de jurisd.

47.) Es war dies aber gar nicht einmal der einzige oder auch nur der hauptsächlichste Punkt, die Anerkennung der unbeschränkten Zulässigkeit von Berufungen gegen die Erkenntnisse der Synodalgerichte, die Einrichtung der letzteren selbst, sowie der fränkische Clerus sie beabsichtigte, mußte erst durchgesetzt werden, was bis dahin noch lange nicht erreicht war. Ich habe oben bereits entwickelt, daß die Anerkennung der geistlichen Jurisdiction schon dem Princip der germanischen Gerichtsverfassung entsprach, insofern die Wahl der Urtheiler nach dem Recht des Verklagten sich richtete, und daß wenigstens über Bischöfe die Criminal-Jurisdiction von Anfang an den Synoden überlassen war. Obwohl dies als ein Zugeständniß erscheint, das der Clerus im römischen Reich nie zu erwarten gehabt hätte, so war dieser doch weit entfernt zufrieden zu sein. Abgesehen nämlich von dem Verfahren das zu beständigen Reibungen führte wurde es als beschwerend erachtet, daß nicht die ausschließliche Jurisdiction der competenten Provinzialsynode des Verklagten anerkannt war. Die gesetzlichen Bestimmungen, welche unter Carl dem Großen die Synodajurisdiction ausdrücklich anerkannten (s. Hinschius CCXXII. Note 1). waren wahrscheinlich von Anfang an gar nicht anders gemeint, als daß das mit Geistlichen als Beisitzern besetzte Hofgericht damit concurrirende Jurisdiction haben sollte, wie dies unter Carl zweifelloser Uebung war (Hinschius CCXXII. Dove 46.) Daher betonen es Benedikt sowohl als Pseudoisidor auf das bestimmteste, daß ein Bischof nur von der Synode seiner Provinz gerichtet werden dürfe, nur die Berufung nach Rom ausgenommen. (s. die Stellen bei Hinschius CCXXIV. Note 2.) Gerade von diesem Grundsatz, der gleichsam die Basis der neuen Verfassung bildet, läßt sich nachweisen, daß er weder neu noch willkürlich erfunden sondern nur ein Aussprechen dessen ist, was der fränkische Clerus in dieser Zeit als sein Recht der Regierung gegenüber in Anspruch nahm. Entscheidend sind in dieser Hinsicht die Deductionen, welche Hinkmar von Rheims bei Gelegenheit des Laoner Streits einreichte. Dieser Streit, der zu den heftigsten Debatten Veranlassung gab, war über eine geringfügige Veranlassung ausgebrochen. Hinkmar von Laon hatte mehreren seiner Vasallen ohne rechtliche Veranlassung ihre Beneficien entzogen, und war vor dem Hofgericht, von dem er auf die Klage des einen zur Verantwortung gezogen war, nicht erschienen,

weßhalb sein Bisthum mit Beschlagnahme belegt wurde. In dem darüber geführten Schriftenwechsel spricht sich Hinkmar von Rheims, der sich als Metropolitan der Sache seines Neffen eifrigst annahm, auf das Bestimmteste dahin aus, daß für Bischöfe ausschließlich das geistliche Gericht competent sei, außer wo es sich um Grundbesitz oder Vertretung der Unfreien handle. Es sind im ganzen vier Schriftstücke,¹⁾ von denen das erste und ausführlichste die Aufschrift führt: Hincmari . . . quaterniones ad Carolum R. pro ecclesiastica libertate tuenda in causa Laudunensis episcopi. Die darin aufgestellten hieher gehörigen Sätze sind folgende:

1) Bischöfe stehen ausschließlich unter geistlicher Jurisdiction, und zwar entweder der Synode oder erwählter Richter.

2) Es erstreckt sich dieß auf Criminal- und Civilsachen, außer wo es sich um Vertretung der Unfreien oder um Immobilien handelt.

3) Auch die Exekution richtet sich nach den canonischen Bestimmungen.

Diese Sätze, die den Aufstellungen der falschen Dekretalen in nichts nachgeben, sind gleichwohl nicht ausschließlich aus diesen motivirt, sondern auf ältere canonische Satzungen, das römische Recht und das fränkische Reichsrecht begründet. Von den ersteren sind angeführt Cod. can. African. c. 15, 19 und 104. und Concil. Chalcedon. c. 9. (Op. I. Migne 1045. Op. II. M. 1062.) Besonders interessant ist die Begründung aus dem römischen Recht, welchem bekanntlich die ausschließliche geistliche Jurisdiction in dem von Hinkmar prätendirten Umfang fremd war. Er beruft sich Op. I. (M. 1045) auf l. 12 Cod. Th. (16. 2.), l. 23 Cod. Th. (16. 2) und l. 3 Cod. Th. de episc. judicio (Ritter VI. 348.) Die beiden letzteren Stellen bestimmen nun freilich gerade das Gegentheil, indem sie die geistliche Jurisdiction in Criminalsachen auf geistliche Verbrechen beschränken, die erstere mit den Worten: *exceptis quae actio criminalis ab ordinariis extraordinariisque iudicibus aut inlustribus potestatibus audientia constituit.* Die letztere mit den Worten: *quantum ad causas tamen ecclesiasticas pertinet, quas decet episcopali*

¹⁾ Ich citire sie nach der bei Mansi XVI. gegebenen Bezeichnung als Opuscula 1–5. nach dem Abdruck bei Migne Patrologia. CXXV.

autoritate decidi. Diese beiden Sätze hat Hinkmar, der die Stellen sonst wörtlich anführt, unterdrückt, indem er statt ihrer et reliqua setzt.¹⁾ Die Absichtlichkeit wird dadurch ganz zweifellos, daß er bei der Interpretation zu l. 23. Cod. Th. (16. 2), die er gleichfalls sonst wörtlich anführt, dasselbe Verfahren einschlägt, indem er den Schlußsatz: „Sane si quid opponitur criminale, ad notitiam iudicis in civitate qua agitur deducatur, ut ipsius sententia vindicetur, quod criminaliter probatur esse commissum“, durch welchen seine Behauptung direkt widerlegt wird, durch ein: et reliqua ersetzt. In der That, wem solche Interpretationskünste zu Gebote stehen, der bedarf keiner falschen Dekretalen. Die Behauptungen Hinkmars sind übrigens ganz unumwunden bestimmt, und gehen dahin, daß die bisherige Uebung dafür spreche. So sagt er Op. 2 (M. 1061) et haec constituta sunt de his, quae ab episcopo vel presbytero seu diacono committuntur, sive in criminalibus sive de civilibus i. e. de pecuniariis causis. Caeterum de rebus et mancipiis et mancipiorum commissis episcopi ex ecclesiis nobis commissis vel de proprietatibus clericorum advocatos dare secundum consuetudinem non abnuimus. Dabei betont er, daß Bischöfe non in consistorio regum, non in praetorio iudicum, sondern nur in synodo aut in privato loco a primatibus deputatorum gerichtet werden dürften (Op. 2. Migne 1064); was er anführe, sei von den römischen Kaisern und fränkischen Königen beobachtet worden (Op. 2. Migne 1064). Endlich behauptet er noch (Op. 5. Migne 1065), daß ein entgegenstehendes Verfahren nur auf Gewaltthätigkeit der Fürsten oder Nachlässigkeit der Bischöfe beruhen könne.

Eben so bestimmt wie hier in der Kompetenzfrage war der fränkische Clerus in der Agitation gegen das, was er als Mißbrauch im Verfahren betrachtete. Vor allem sprach er Exemption von der Untersuchungshaft an, und legte von seinem Standpunkt aus mit Recht gerade darauf das allergrößte Gewicht, denn abgesehen davon, daß dieses Verhältniß leicht zu willkürlicher Behandlung führen konnte, z. B. durch lange Ausdehnung der

¹⁾ In dieser verstümmelten Gestalt ging die Stelle in das Dekret Gratians über. Die Auslassung trifft nicht, wie Pland Gesellschaftsverfassung I. 305 Nr. 8 meint, diesen, sondern Hinkmar.

Untersuchungshaft, war diese für sich allein schon abschreckend genug, so daß sich die Prälaten auf alle mögliche Weise derselben zu entziehen suchten. Schon im 6. Jahrhundert wurde es als ein Unrecht betrachtet, daß König Guntram den Bischof Theodor von Marseille verhaften ließ (Gregor VI. 11. *jubet contra fas religionis, ut pontifex summi dei artatus vinculis sibi exhiberetur*), und Egibius von Rheims, der doch später des Hochverraths schuldig erklärt wurde, mußte auf Andringen der andern Bischöfe wieder entlassen werden. (Greg. X. 19. *tunc ab aliis sacerdotibus increpitus, cur hominem absque audientia ab urbe raptus et in custodiam retrudi praecepisset, permisit eum ad urbem suam redire*). Noch im 9. Jahrhundert war die Untersuchungshaft so gefürchtet, daß sich viele Bischöfe derselben durch die Flucht entzogen (s. die Zusammenstellung bei Hinschius p. CCXXI). Es ist bekannt, daß zu diesem Behuf im Benedikt wie im Pseudoisidor die s. g. *exceptio spoli* aufgestellt wurde, die letzterer mit demselben Recht auf römische Quellen zurückführt, wie Hinkmar die Synodalsjurisdiktion. Sie besteht in der Bestimmung, daß gegen einen Bischof nur dann verfahren werden darf, wenn er bezüglich der gegen ihn vorgenommenen Vergewaltigungen restituirt ist. Als solche werden bezeichnet: Verraubung, Vertreibung vom Sitz, Verhaftung. Das letztere ist namentlich in Cap. Angilramni 4. mit den Worten gesagt: *a sede propria ejectus, aut in detentione aliqua a suis ovibus fuerit sequestratus*, und ist in dieser Fassung in Felic. I. c. 10 (Hinsch. 210) übergegangen. In der Vorrede bezeichnet es Pseudoisidor als eine Hauptaufgabe seiner Sammlung, dieses Verhältniß zu reguliren. *Nullus enim, sagt er, qui suis rebus est expoliatus, aut sede propria vi aut terrore pulsus, antequam omnia . . . restituantur . . . juxta canonicam accusari . . . aut dampnari institutionem potest.*

Endlich bezieht sich noch auf das Verfahren, was Benedikt und Pseudoisidor über die Beschränkung des Klagerichts gegen Geistliche bestimmen (s. z. B. die Stellen bei Hinschius CCXV. 11.) Es war vielleicht mehr eine Frage der Etikette als des Bedürfnisses, aber darum nicht weniger angelegentlich verfolgt, wie sich dies schon aus dem ergibt, was Pseudoisidor in der Vorrede sagt. Auch dies finden wir schon im 6. Jahrhundert angedeutet, wo in der Sache Gregors die Bischöfe sagen: *non*

potest persona inferior super sacerdotem credi. (Greg. V. 50.)

Diese drei Forderungen, ausschließliche Jurisdiction der competenten Provincialsynode, Ausschließung der Untersuchungshaft, Beschränkung des Klagerrechts, waren direkt gegen die Verfassung gerichtet, welche der Regierung einen sehr wesentlichen Einfluß auf die kirchlichen Verhältnisse gewährt hatte. Unter den drei Punkten, auf welche sich wie oben gezeigt, der staatliche Einfluß in Kirchensachen concentrirt, Gesetzgebung, Stellenbesetzung, Gerichtsbarkeit, war es der letztere dessen Regelung vor allem von dem Clerus angestrebt wurde, da es sich dabei um Sicherung der Stellung der einzelnen handelte. Auch wenn man die immerhin vorkommenden Gewaltthätigkeiten und Unregelmäßigkeiten gar nicht in Betracht zieht, hatte das bisherige Verfahren schon genug Seiten, welche die nothwendige Sicherstellung für den einzelnen vermissen ließen. Wie unbequem die Untersuchungshaft war, zeigt sich an den immer wiederkehrenden Konflikten. Durch die Möglichkeit besonderer Zusammensetzung des Gerichts war der Regierung ein weitgehender Einfluß auf die Rechtsprechung eingeräumt, unterstützt durch die materielle Gewalt, welche sie ohnehin hatte. Wie eingeschüchtert schon im 6. Jahrhundert ein großer Theil des Episkopats war, schildert uns Gregor im Fall des Präteratus. Andererseits tritt im Frankenreich ganz bestimmt die Tendenz der Regierung hervor, die Bischöfe mit den andern Beamten auf gleichen Standpunkt zu stellen. Vom Standpunkt des fränkischen Staatsrechts erschien die Lebenslänglichkeit der bischöflichen Würde als eine Anomalie; nicht der Bischof als geistliches Haupt der Diocese sondern der Bischof als Vertreter der weltlichen Interessen des Bezirks stand namentlich seit dem 9. Jahrhundert anderen Beamten ganz gleich, und mußte daher auch in größerer Abhängigkeit gehalten werden. Das Verfahren, wie es die Regierung übte, verband daher das Absetzungsrecht mit dem Ernennungsrecht, wenigstens war die Möglichkeit gegeben, mißliebige Persönlichkeiten ohne äußere Gewalt zu entfernen. In dieser Frage hatte der ganze Clerus ein ungetheiltes Interesse; es mußte ihm vor allem daran liegen, diesen Einfluß der Regierung zu beseitigen. Aber auch nur unter der Voraussetzung der Durchsetzung dieser Forderung hatte die Einführung einer Appellationsinstanz Sinn. blieb die bisherige Verfassung erhalten, so war

an die Einführung ohnehin nicht zu denken, da ja z. B. vom Hofgericht nie appellirt werden konnte. Gelang aber die beabsichtigte Aenderung, so hatte die Regierung ihrerseits gar kein Interesse mehr in der ganzen Frage. Ob an den Papst oder an einen Primaten appellirt wurde, ob in jedem Stadium des Processes oder nur vom Erdurtheil, konnte ihr gleichgültig sein. Vom Standpunkt des Verfassers aus hatte die Bestimmung über Appellation eine sekundäre Bedeutung, da sie nur verworthen werden konnte, wenn die erste Forderung zugestanden war. Die Abweichung der pseudoisidorischen Sätze von dem was von dem Clerus allgemein als zu Recht bestehend angesehen wurde, bestand in dieser Frage überhaupt nur darin, daß Pseudoisidor die Berufung an den römischen Stuhl in jedem Stadium der Verhandlung für zulässig erklärt, während die Beschlüsse des Concils von Sardika, die Hinkmar von Rheims abweichend von dem früheren fränkischen Staatsrecht für bindend erachtete, ein solches nur gegen ein Endurtheil zuließen (s. Weizsäcker, Hinkmar in Riedner, XXVIII. 376.) Aber selbst diese letztere Anerkennung hatte nur die Bedeutung einer theoretischen Behauptung, wenn nicht die Jurisdiktionsverhältnisse in der oben erörterten Weise geregelt waren.

Viel einflußreicher hätte freilich die Bestimmung der falschen Defretalen sein müssen, daß eine Synode gültig nur durch den römischen Stuhl berufen werden könne, weil dadurch mit einemmal die ganze Gesetzgebung dort concentrirt worden wäre; allein gerade diese Forderung hatte damals wenig Aussicht auf Durchführung, und in der That wurde der Einfluß des römischen Stuhls auf das kirchliche Synodalwesen erst später und auf anderer Grundlage durchgesetzt.

Ich fasse schließlich die Resultate dieser Untersuchung über die Tendenz der Sammlung zusammen. Es handelt sich dabei nicht darum, was der Verfasser wünscht, sondern was er damit erreichen zu können glaubt. Daß der Verfasser ein entschiedener Anhänger der Suprematie des römischen Stuhles ist, daß er namentlich den Inhalt der Metropolitangewalt zu Gunsten desselben beschränken will, tritt so zweifellos hervor, daß darüber keine Meinungsverschiedenheit bestehen kann. Nach der damaligen

Lage kann jedoch die Durchführung dieser zweifellos vorhandenen Tendenz nicht der nächste Zweck des Verfassers gewesen sein, da die Durchführung seiner Sätze die Beseitigung der staatlichen Gewalt über die Kirche voraussetzt. Und zwar ist es die Umgestaltung der Gerichtsverfassung welche dem Clerus die Position erobern soll, von welcher aus er die Emancipation vor der Staatsgewalt errungen hat. Die Sammlung ist eine Fälschung von Beweis-Dokumenten für einen seit lange geführten Proceß; der falsche Isidor ist nicht Veranlassung sondern Symptom der Verfassungsänderung.
